

Die ukrainischen Parlamentswahlen und die neue Werchowna Rada

Eberhard Schneider/Alexander Reimer

Die Wahl des ukrainischen Parlaments am 31. März 2002 zeigte gegenüber der letzten Wahl drei neue Entwicklungen: Die Kommunisten wurden bei der Listenwahl auf den zweiten Platz verwiesen, die von Präsident Leonid Kutschma initiierte Bewegung »Für eine einige Ukraine« landete auf dem dritten Platz, Sieger wurde das oppositionelle Bündnis »Unsere Ukraine« unter Führung des vor einem Jahr abgesetzten Premiers Wiktor Juschtschenko. Im Parlament, der Werchowna Rada, schaffte es trotzdem die Bewegung »Für eine einige Ukraine«, die größte Fraktion zu bilden durch Kauf von und Druck auf direkt gewählte Abgeordnete. Wird es eine neue Regierung geben, die an den Präsidenten gebunden ist, deren Vorsitzender aber die Zustimmung des Parlaments benötigt? Die Parlamentswahlen waren zugleich das Vorspiel zur Präsidentenwahl in zwei Jahren, zu welcher Amtsinhaber Leonid Kutschma nicht mehr antreten darf. Das Abschneiden der präsidentenfreundlichen Bewegung bei der Parlamentswahl zeigt, daß ein von Kutschma aufgestellter Kandidat kaum Chancen hätte, ihm nachzufolgen.

Zur Wahl des ukrainischen Parlaments am 31. März 2002 traten bei der Listenwahl 22 von 127 Parteien und 13 Wahlblöcke an sowie 7508 Direktkandidaten. Es war die zweite Parlamentswahl seit Inkrafttreten der neuen Verfassung von 1997.

Wahlgesetz

Im Vorfeld der Wahl kam es zu einem harten politischen Kampf um das Wahlgesetz von 1997. Präsident Kutschma hatte vor vier Jahren dem Parlament eine Neuregelung vorgeschlagen, um »Unebenheiten und Ungenauigkeiten« zu verbessern. Gegen fünf vom Parlament vorgelegte Gesetzentwürfe legte er sein Veto ein.

Es ging vor allem um folgende Streitpunkte: Das vom Parlament am 18. Januar 2001 verabschiedete Wahlgesetz sah die Wahl aller Abgeordneten nach Parteilisten vor. Davon hätten vor allem die Kommunisten profitiert, die als einzige Partei über eine straffe landesweite Parteienstruktur verfügen und sich deshalb bei einer reinen Parteienwahl ein besseres Wahlergebnis erhofften.

Am 7. Juli 2001 verabschiedete das Parlament ein geänderte Version des Wahlgesetzes. Sie sah vor, daß 75% der Abgeordneten (335) nach Parteilisten gewählt werden sollen und nur noch 25% (115) in Direktwahlkreisen. Präsident Kutschma legte auch gegen dieses Gesetz sein Veto ein, mit

der Begründung, daß es infolge der vorgesehenen Verringerung der Anzahl direkt zu wählender Abgeordneten zu einer Vergrößerung der Direktwahlkreise kommen werde. Außerdem würde sich für unabhängige Kandidaten die Chance verringern, ins Parlament gewählt zu werden.

Schließlich gab das Parlament nach und beließ es in der neuen Fassung des Wahlgesetzes vom 18. Oktober 2001 bei der von Kutschma gewünschten alten Regelung, wonach die Hälfte der Abgeordneten nach Parteilisten und die andere Hälfte direkt gewählt wird. Das Bestehen auf 225 direkt gewählten Abgeordneten hat einen sehr praktischen Grund: In den Direktwahlkreisen haben die regionalen Behörden, aber auch die Oligarchen bessere Möglichkeiten, auf die Aufstellung der Kandidaten und deren Wahlkampf Einfluß zu nehmen.

Neu ist ferner, daß die Direktkandidaten nicht mehr wie im alten Wahlgesetz 900 Unterschriften von Wählern des entsprechenden Wahlkreises und die Listenwahlkandidaten nicht mehr 200 000 Unterschriften von Wählern vorlegen müssen, davon mindestens 10 000 Unterschriften aus jeweils einem der territorialen Verwaltungsstrukturen der Ukraine (Artikel 25, Nr. 2; Artikel 24, Nr. 9 des Wahlgesetzes vom 24.9.1997). Nach dem neuen Wahlgesetz von 2001 wird für die Registrierung bei der Zentralen Wahlkommission eine Geldkaution hinterlegt, die bei den Direktwahlkandidaten 1020 Hrywnja (ca. 200 Euro) beträgt und bei den Listenwahlkandidaten 255 000 Hrywnja (ca. 53 000 Euro). Diese Kautionszahlung wird bei Wahlerfolg zurückgezahlt, das heißt, wenn die Partei oder der Direktkandidat in das Parlament eingezogen sind (Artikel 43, Nr. 5 des Wahlgesetzes vom 18.10.2001).

Parteien und Wahlbündnisse

Die im neuen Parlament vertretenen sechs Parteien und Wahlbündnisse werden im folgenden kurz vorgestellt: Präsidentenfreundlich sind das Wahlbündnis Für eine einige Ukraine und die Vereinigte Sozial-

demokratische Partei der Ukraine. Das Wahlbündnis »Für eine einige Ukraine!« (FeU) wird vom Leiter des Administration des Präsidenten, Wolodymyr Lytwyn, geführt. Dies sowie auch die Tatsache, daß an der Spitze der Bündnisparteien ehemalige bzw. aktive Regierungsmitglieder stehen (Premier Anatolij Kinach, die Vizepremiere Wolodymyr Seminoschenko und Sergej Tigipko, Transportminister Walerij Pustowojtenko, Gouverneur von Lwiw Michail Gladij), läßt FeU eindeutig als Machtpartei erscheinen. Der Vorsitzende der Bündnispartei Werk-tätige Ukraine, Igor Scharow, drückte das so aus: »Wir sind die Machtpartei und haben deshalb einen Block der Machtparteien gegründet. Wir verheimlichen nicht, daß unsere Koalition de facto vom Präsidenten geführt wird.« Das Wahlbündnis stellt eine Verbindung von Politikern und Oligarchen dar (Metallindustrie, Bergbau, Öllieferung und -verarbeitung, Gaslieferung, Dienstleistungen, Mobilfunk), die auch über Massenmedien verfügen (zwei landesweite Fernsehsender und eine Reihe regionale Fernsehsender; populäre Zeitungen).

Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine (VSDPU) wurde im Januar 1995 durch die Vereinigung der Ukrainischen Partei der Gerechtigkeit (UPG), der Partei der Menschenrechte (PMR) und eines Teils der Sozialdemokratischen Partei der Ukraine (SDPU) gegründet und am 28. Februar 1995 registriert. Sie hat 348 000 Mitglieder in 761 Grundorganisationen.

Die VSDPU stützt sich auf eine der größten ökonomisch-politischen Gruppierungen der Ukraine, weshalb sie als ein erfolgreiches Business-Projekt bezeichnet wird. Die Führungsgruppe besitzt acht regionale Energiegesellschaften, die Ukrainische Kreditbank, eine Reihe von Off-shore-Firmen, den Fußballclub Dinamo-Kiew, sie kontrolliert den beliebten Fernsehsender Inter sowie die Zeitungen »Kiewskie Wedomosti« und »Business«. Parteiführer Wiktor Medwedtschuk ist Vorsitzender des Anwaltsverbandes der Ukraine und leitet die internationale Anwaltsfirma B-I-M.

Der VSDPU gehört der erste ukrainische

Präsident, Leonid Krawtschuk, an. Bei den Wahlen 1998 stand an der Spitze der Partei die ehemalige Premierministerin und heutige Vorsitzende des Rates der Nationalen Sicherheit und Verteidigung, Jewgenij Martuschuk. Die VSDPU bezeichnet sich als eine Volkspartei, die sich auf alle Schichten der Gesellschaft stützt.

In Opposition zum Präsidenten stehen die Kommunistische Partei der Ukraine, das Wahlbündnis Unsere Ukraine, das Wahlbündnis Julija Timoschenko und die Sozialistische Partei der Ukraine. Die *Kommunistische Partei der Ukraine (KPU)* organisierte sich im Juni 1993 neu und wurde am 5. Oktober 1993 registriert. Ihre Vorgängerin, die Kommunistische Partei der Ukrainischen Sowjetischen Sozialistischen Republik (KPdUSSR) als Teil der KPdSU, wurde nach dem Putsch im August 1991 verboten. Die KPU erklärte sich zur Nachfolgerin der KPdUSSR.

Die KPU mit 140 000 Mitglieder in 27 Gebietsverbänden und 594 Grundorganisationen war lange Zeit die größte Partei der Ukraine und wird seit ihrer Gründung von Petro Symonenko, dem ehemaligen KPU-Vorsitzenden im Gebiet Donezk geleitet. Besonders einflußreich ist die KPU im Osten der Ukraine (Gebiete Donezk und Lugansk) sowie auf der Krim. In der KPU gibt es sowohl Orthodoxe, welche die Wiederherstellung der Sowjetunion wollen, als auch Pragmatiker, welche die ukrainische Unabhängigkeit nicht in Frage stellen.

Das Wahlbündnis *Unsere Ukraine (UU)* wurde im Januar 2002 gegründet. Es wird vom ehemaligen Direktor der Nationalbank und späteren Premierminister, Wiktor Juschtschenko, angeführt. Es gelang ihm, ein breites Bündnis von Nationalisten bis zu linken Parteien zusammenzubringen. Den Kern des Bündnis bilden vier Parteien, von denen drei den Rechtszentristen (Volksbewegung der Ukraine, Ukrainische Volksbewegung, »Reformen und Ordnung«) und eine den Linkszentristen (»Solidarität«) zuzurechnen sind.

Das Wahlbündnis *Julija Timoschenko (BjuT)* wurde am 22. Dezember 2001 unter Führung der ehemaligen Vizepremierministerin

und Energieministerin in der Regierung Juschtschenko, Julija Timoschenko, gegründet. Es besteht aus vier Parteien. Diese forderten 2001 im Verlauf des Kassettenskandals um den Journalisten Gongadse den Rücktritt von Präsident Kutschma.

Die *Sozialistische Partei der Ukraine (SPU)* wurde am 26. Oktober 1991 aus Teilen der damals verbotenen KPdUSSR gegründet und am 15. November 1991 registriert. Die SPU zählt 60 000 Mitglieder in 27 Gebietsverbänden und 563 Grundorganisationen. Seit ihrer Gründung leitet der ehemalige Parlamentspräsident Aleksandr Moros die SPU, die inzwischen zwei Abspaltungen erlebte.

Wahlkampf

Das Komitee »Gleiche Möglichkeiten« kam bei der Untersuchung des Wahlkampfes zu dem Ergebnis, daß einige politische Kräfte das Recht genossen, uneingeschränkt in den Medien präsent zu sein. Die Sendezeit des staatlichen TV-Kanals UT-1 gehörte faktisch dem Bündnis FeU und die des Senders »Inter« der VSDPU. Die Fernsehsender Novyj kanal und 1+1 seien vergleichsweise politisch ausgewogen gewesen. Das Wahlbündnis UU wurde im Wahlkampf oft behindert, wenn es im Fernsehen oder in den Zeitungen für sich werben wollte oder Räumlichkeiten für Wahlveranstaltungen benötigte.

Moskau versuchte, auf den Wahlkampf Einfluß zu nehmen. Mitte März führte Präsident Wladimir Putin ein einstündiges Gespräch mit dem KPU-Vorsitzenden Petro Symonenko, an dem auch der russische Kommunistenchef Gennadij Sjuganow teilnahm. Der Leiter der Administration des russischen Präsidenten, Aleksandr Woloschin, bezeichnete das Wahlbündnis »Für eine einige Ukraine!« als freundschaftlich und das Wahlbündnis »Unsere Ukraine« als nicht freundschaftlich, weil es nicht mit Rußland zusammenarbeiten wolle. Ferner lobte Woloschin die VSDPU und die KPU. Der russische Botschafter in der Ukraine, der ehemalige Premier Wiktor Tschernomyrdin, äußerte nach einem Treffen mit

Juschtschenko seine Besorgnis über die Zusammensetzung des Wahlbündnisses UU.

Wahlergebnis

An der Wahl beteiligten sich 69,66% der Wähler. Das am 15. April 2002 von der Zentralen Wahlkommission bekanntgegebene amtliche Endergebnis wird in einer Tabelle (Seite 8) zusammengefaßt, wobei nur diejenigen Parteien und Wahlblöcke in der Reihenfolge ihrer Stimmzahl aufgeführt sind, welche die Vier-Prozent-Hürde überwinden und in das Parlament einziehen konnten:

Das liberal-nationale Wahlbündnis UU des ehemaligen Premierminister Wiktor Juschtschenko erklärte sich zum Wahlsieger mit 23,57% der Stimmen. Das vom Leiter der Präsidentialadministration und vom Premierminister geführte Bündnis FeU erhielt 11,77% und nimmt den dritten Platz nach den Kommunisten ein, die 19,98% (4% weniger als 1998) der Stimmen bekamen. Zwei scharfe Kritiker Präsident Kutschmas – die ehemalige Vizepremierin Julija Timoschenko (BjuT) und der ehemalige Parlamentspräsident Alexander Moros (SPU) – konnten jeweils 7,26% bzw. 6,87% der Stimmen auf sich vereinigen. Im Vergleich zu den Parlamentswahlen 1998 (4,1%) erzielte die dem Präsidenten nahestehende VSDPU diesmal mit 6,27% ein besseres Ergebnis.

Die Betrachtung des Wahlergebnisses in den Regionen zeigt, daß es dem Machtblock FeU nur in einer von insgesamt 27 Regionen gelang die meisten Stimmen an sich zu binden – in der größten Industrieregion der Ukraine, dem Donezk. Das gemäßigt oppositionelle Bündnis UU gewann in 15 Gebieten der West- und Zentralukraine, die KPU in 10 Regionen der Ost- und Südukraine.

Wahlfälschungen

Die Wahl beobachteten nach Auskunft des Vorsitzenden der ukrainischen Wahlkommission, Mychajlo Rjabez, rund 280 internationale Beobachter. Nach Auskunft des Gesandten der Wahlbeobachter-Mission des

OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte, Michael Wygant, haben 93% der OSZE-Wahlbeobachter einen guten Eindruck von der Wahl bekommen. Sie beobachteten die Wahlen in 5% der Wahllokale, insgesamt in 1500 Wahllokalen. Sie kritisierten, daß die Abstimmung nicht immer geheim stattgefunden habe und daß viele Wahlberechtigte nicht in den Wahllokalen abgestimmt hätten, in denen sie registriert gewesen seien. Ferner hätten die Räumlichkeiten, in denen abgestimmt wurde, nicht immer ihrem Zweck entsprochen. Vor den Wahllokalen hätten sich lange Schlangen gebildet. Außerdem sei die Wahl dadurch erschwert worden, daß eine Vielzahl von Stimmzetteln auszufüllen war, weil gleichzeitig Regional- und Kommunalwahlen durchgeführt wurden. Die festgestellten Verstöße gegen das Wahlgesetz hätten das Wahlergebnis allerdings nicht ernsthaft beeinflussen können.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats sandte 20 Abgeordnete aus zehn Ländern als Wahlbeobachter in die Ukraine. Sie bildeten 12 Gruppen und besuchten 100 Wahllokale. Nur in einem Viertel der Wahllokale waren sie nach Auskunft des Leiters der Beobachterdelegation, des Vizepräsidenten der Parlamentarischen Versammlung, Andreas Gross, mit dem Ablauf der Abstimmung zufrieden.

Die GUS hatte 200 Wahlbeobachter entsandt. Sie stellten Verstöße gegen das Wahlgesetz fest, die aber nur technischen Charakter gehabt hätten. Am häufigsten sei gegen das Gebot der geheimen Wahl verstoßen worden, was mit dem Gedränge und dem Mangel in Wahlkabinen in den Wahllokalen zusammengehangen habe.

Der Führer des Wahlbündnisses UU, Juschtschenko, ist der Ansicht, daß unter dem Druck der Staatsmacht die Wahlkommissionen das Abstimmungsergebnis zu Lasten des Wahlbündnisses UU und zugunsten des Blocks FeU falsch ausgerechnet hätten. Insgesamt registrierte UU 10 000 Verstöße. Juschtschenko schätzt die Verluste für sein Bündnis aufgrund der Fälschungen auf acht bis zwölf Prozent.

Der KPU-Vorsitzende Petro Symonenko, erklärte, daß die Wahlfälschung fünf bis zehn Prozent betragen habe. Außerdem seien Leute aufgehalten worden, die versuchten, massenweise Wahlzettel wegzuwerfen.

Die Führerin des nach ihr benannten Wahlblocks, Julija Timoschenko, erklärte, es habe zwar Wahlfälschungen gegeben, aber dank der gemeinsamen Anstrengungen der demokratischen Kräfte nicht in dem Ausmaß, wie die Staatsmacht es wollte. Ein Teil der Wahlfälschungen, die von den Beobachtern nicht kontrolliert werden konnten, fanden bereits vor Erstellung der Abstimmungsprotokolle durch die Wahlkommissionen statt. Die größten Fälschungen durch die Staatsmacht wurden in den Gebieten Donezk, Dnipropetrowsk, Saporishshja, Mykolajiw, Charkiv, Odesa, Kirowohrad und Sumy festgestellt. Timoschenko will das Wahlergebnis der Regierungsgruppierung FeU in 17 Wahlkreisen anfechten.

Die Wahlfälschungen haben nicht das Ausmaß erreicht, das manche vor der Wahl befürchtet hatten. Zwar führten die Fälschungen und Manipulationen – etwa »Tote Seelen« in den Wählerverzeichnissen – sicher zur Beeinträchtigung des Wahlergebnisses der oppositionellen Parteien, aber sie verkehrten das Gesamtergebnis nicht in sein Gegenteil. Nicht wenige Behinderungen und Fälschungen gingen auf das Konto regionaler Machthaber, die ein möglichst kutschmafrendliches Ergebnis nach Kiew melden wollten, um nicht im anderen Fall – was geschehen ist – vom Präsidenten abgesetzt zu werden.

Koalitionsbildung

Im neuen Parlament gibt es zwei große Fraktionen, FeU und UU, die jedoch nicht in der Lage sind, selbst die Mehrheit in der Werchowna Rada zu stellen. Die Koalitionsgespräche zwischen ihnen sind bisher erfolglos verlaufen.

UU, KPU, BjuT und SPU, die zusammen eine knappe Mehrheit von 219 Abgeordnete

oder 49,0% haben, versuchten in den ersten Wochen nach der Wahl, eine gemeinsame Personalpolitik durchzuführen und die Kandidaten für Schlüsselpositionen im Parlament aufzustellen. Da sie sich über Personalien nicht einigen konnten, gelang es ihnen nicht, die Ämter des Parlamentspräsidenten und seiner Stellvertreter unter sich zu verteilen. Diese Schlüsselpositionen sind wichtig für die anstehenden Gespräche mit dem Präsidenten über die Regierungsänderung und die Durchsetzung möglicher politischer Reformen (beispielsweise Verfassungsänderungen).

Nach dem zweiwöchigen parlamentarischen »Marathon« mit den vielfach mißlungenen Abstimmungen über Kandidaturen für die Parlamentsführung gelang es FeU und VSDPU, die zusammen eigentlich eine Minderheit bilden (206 Abgeordnete oder 46,1%), denen sich jedoch unabhängige Abgeordnete und neun Mitglieder der Opposition anschlossen, am 28. Mai drei Schlüsselpositionen zu besetzen. Woldymyr Lytwyn (FeU) wurde zum Parlamentspräsidenten und Hennadij Wasiljew (FeU) sowie Oleksandr Sintschenko (VSDPU) zum Ersten Stellvertretenden bzw. Stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden gewählt. Die Opposition warf dem Bündnis FeU vor, sieben Abgeordnete aus ihren Fraktionen unter Druck gesetzt zu haben, damit sie die Kandidatur Lytwyn unterstützen. Diese Abgeordneten wurden am 28. Mai aus der UU-Fraktion ausgeschlossen.

Der UU-Fraktionsvorsitzende Wiktor Juschtschenko rief am 29. Mai alle oppositionellen Parteien auf, sich zu vereinigen, weil zwei politische »Holdings« – FeU und VSDPU – die Macht usurpieren und keine Bereitschaft zeigen, politische und wirtschaftliche Reformen durchzuführen. Er schloß nicht aus, ein Verfahren zur Absetzung Lytwyns einzuleiten.

Auch in der neuen Werchowna Rada – wie in den früheren Parlamenten – wird sich *keine stabile Mehrheit* herausbilden, jedenfalls nicht bis zum Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes in der zweiten Hälfte 2003.

Regierungsbildung

Die Regierung Kinach war immer instabil, wie eigentlich jede Regierung in der Ukraine, weil sie sich nicht auf eine stabile parlamentarische Mehrheit stützt. Es gelang Kinach jedoch bisher, ein Jahr im Amt zu bleiben. Bis zum Herbst 2002 wird höchstwahrscheinlich keine neue Regierung gebildet. UU, BjuT und SPU würden die Kinach-Regierung gern absetzen. FeU, KPU und VSDPU sind jedoch dagegen. Die oppositionelle KPU will die Bilanz der Regierungsarbeit erst nach dem zweiten Quartal 2002 ziehen. Nach der Wahl Lytwyns zum Parlamentspräsidenten kann die KPU jedoch ihre Haltung ändern, weil Kutschma nahestehende Politiker die höchsten Ämter sowohl in der Regierung als auch im Parlament innehaben und dadurch, nach der Ansicht des KPU-Vorsitzenden Petro Symonenko, die Gewaltenteilung Schaden nimmt.

Um seine Position zu sichern, kündigte Premierminister Kinach jüngst an, er wolle dem Parlament das Regierungsprogramm vorlegen. Sollte die Werchowna Rada dem Programm zustimmen, kann die Regierung erst in einem Jahr vom Parlament abgesetzt werden (Verfassungsartikel 87). Kutschma kann sie allerdings jederzeit absetzen (Verfassungsartikel 106, Pos. 10).

Im Bündnis UU gibt es unterschiedliche Meinungen darüber, ob Juschtschenko als Regierungschef kandidieren soll. Unklar ist, was er selbst davon hält. Die Vorschläge von Kutschma und Kinach, UU-Vertreter in die Regierung zu schicken, wurden bisher vom Bündnis mit der Begründung abgelehnt, man betrachte die Macht als ein System und werde auf das Angebot, sich an der Macht mit zwei oder drei Personen zu beteiligen, nicht eingehen. Um das eigene Programm durchzusetzen, verlange das Bündnis die Ernennung seiner Vertreter nicht nur auf der zentralen Ebene und nicht auf zweitrangigen Posten, sondern auch in den Regionen, in denen man die Wahl gewonnen habe (Gouverneursposten).

Sollte die Regierung im Herbst oder später vom Parlament bzw. vom Präsiden-

ten abgesetzt werden (Kutschma hat Kinach vor den Wahlen kritisiert), ist anzunehmen, daß Kutschma den heutigen Vizepremierminister für Industrie, *Oleh Dubyna*, dem Parlament als neuen Regierungschef vorschlägt. Er wird als Liebling bzw. als »Spielzeug« des Präsidenten bezeichnet. Als Direktor des größten ukrainischen Stahlwerks in Kriwoj Rog war Dubyna bis zum Januar 2001 unbekannt. Damals ersetzte er die von Kutschma abgesetzte Vizepremierministerin Julija Timoschenko in der Regierung Juschtschenko. Dubyna ist Kutschmas Landsmann und wird vom Schwiegersohn des Präsidenten, Wiktor Pintschuk, unterstützt, einem der mächtigsten Vertreter des Dnjepropetrowsker Clans (Partei Werktätige Ukraine – eine der wichtigsten Parteien des Blocks FeU). Pintschuk soll gute Kontakte in Moskau haben.

Die KPU wird Dubynas Ernennung zum Premier zustimmen. Es könnte also dafür eine Koalition aus FeU und KPU gebildet werden (53,5%). Das heißt jedoch nicht, daß sich die KPU als Koalitionspartei an der Regierung beteiligen wird. Sie wird weiterhin die Rolle der ewigen Opposition spielen.

Sollte Dubyna Premierminister werden, ist nicht auszuschließen, daß in der Ukraine das russische Szenario (Premier Putin ersetzte vorzeitig Jelzin) realisiert wird und er dann bald amtierender Präsident wird.

Regierungspolitik unter Kinach bzw. Dubyna

Das wichtigste Problem der Regierung ist der *Haushalt*. Der dem Parlament im Hinblick auf die Wahl vorgelegte populistisch gefärbte Haushaltsentwurf für 2002 wurde im Herbst 2001 verabschiedet. Zum ersten Mal seit zwei Jahren hat die Regierung nun jedoch große Schwierigkeiten, ihre Pläne für die Haushaltseinnahmen zu erfüllen. Die Schattenwirtschaft wächst enorm. Auch die Konjunkturschwäche ist für die Haushaltsprobleme verantwortlich.

Sollten diese Tendenzen bis zur Jahresmitte anhalten, was Experten voraussagen,

muß die Regierung die Ausgaben für Sozialprogramme reduzieren. Auch die Währung, der Hrywna, muß dann weiter abgewertet werden, was auf Unmut in der Bevölkerung stoßen wird.

Die Einnahmesituation könnte durch die *Privatisierung* von Staatsunternehmen etwas verbessert werden: Auf der Verkaufsliste stehen bereits die ukrainische »Telekom« und zwölf regionale Energiegesellschaften. Auslandsinvestoren (Franzosen, Amerikaner, Deutsche, Russen) sind bereit, sich in diese Betriebe einzukaufen. Doch die daraus erzielbaren Einnahmen dürften für die Haushaltskonsolidierung nicht ausreichen.

Da die *Außenpolitik* vom Präsidenten bestimmt wird (Verfassungsartikel 106, 3), wird es nur zu Veränderungen in diesem Bereich kommen, wenn der Präsident sie beschließt. So hat Kutschma nach dem USA-Rußland-Gipfel in Moskau angekündigt, die Ukraine wolle künftig NATO-Mitglied werden, weil europäische Sicherheit ohne die Ukraine nicht zu schaffen sei. Kutschma folgt damit seiner Linie »Nach Europa mit Rußland«. Eine völlig andere Frage ist, ob sich die NATO demnächst um die Ukraine erweitern will und ob die Ukraine in absehbarer Zeit »NATO-fähig« ist.

Verfassungsänderung

Die meisten Fraktionen wollen mehr Einfluß auf die Regierungsbildung und Regierungstätigkeit nehmen können. Es kann also eine Mehrheit zustande kommen, die Verfassungsänderungen in Richtung einer Begrenzung der Vollmachten des Präsidenten zugunsten einer Ausweitung der Kompetenzen von Regierung und Parlament beschließt. Diese Änderungen werden vermutlich erst 2003 in Kraft treten, wenn sich die politisch heterogene FeU-Fraktion gespalten haben wird, was unumstritten zu sein scheint, und Kuschma dann nicht mehr 175 Abgeordnete dieser Fraktion an seiner Seite hat, um die Änderungen zu blockieren.

Verfahren zur Absetzung Kutschmas

Ein Impeachment gegen Kutschma wird nicht durchsetzbar sein. Erstens müssen noch die entsprechenden Gesetze (Absetzungsverfahrensgesetz, Gesetz über spezielle Staatsanwälte) vom Parlament verabschiedet werden, gegen die Kutschma sein Veto einlegen kann. Ob dann 300 Abgeordnete Kutschmas Veto überstimmen werden (Verfassungsartikel 94), ist fraglich. Zweitens – falls diese Gesetze tatsächlich in Kraft treten – ist zweifelhaft, ob eine Mehrheit von 338 Abgeordneten (drei Viertel aller Abgeordneten sind nach Verfassungsartikel 111 nötig) der Absetzung des Präsidenten zustimmt, es sei denn, Kutschma können Verbrechen nachgewiesen werden (z.B. durch die Bekanntgabe neuer Bänder von abgehörten Telefongesprächen Kutschmas durch seinen ehemaligen Leibwächter, Major Mykola Melnytschenko).

Ausblick

Daß Kutschma 2004 erneut als Präsident kandidiert, ist ausgeschlossen. Erstens läßt die Verfassung eine dritte Kandidatur nicht zu (Art. 103). Zweitens sind seine Anhänger dagegen. Kutschma sieht sich international schon isoliert. Aus seiner Umgebung ist zu hören, daß er darüber sehr betroffen sei. Er will nicht zu einem zweiten Lukaschenko werden.

Der Präsidentschaftswahlkampf dürfte von zwei Kandidaten bestimmt werden: von Juschtschenko und vom Präsidentennachfolger, den Kutschma selbst aussucht. Der Kandidat Kutschmas dürfte Dubyna oder ein anderer sein, aber nicht Kinach, nicht Lytwyn (Spitzenkandidat von FeU) und nicht Medwedtschuk (VSDPU). Alle anderen dürften nur eine Nebenrolle spielen. Juschtschenko hat gute Aussichten, im Jahr 2004 der nächste ukrainische Präsident zu werden, vorausgesetzt, es gelingt ihm, das Bündnis UU zusammenzuhalten, es zu erweitern und sich als einziger Kandidat der Opposition zu positionieren.

Tabelle
Wahlergebnisse und Fraktionsstärke (Stand: 29.5.2002)

Partei/ Wahlblock	Spitzen- kandidat	Abgegeb. Stimmen in %	Listen- Kandi- daten	Direkt- Kandi- daten	Gewählte Abgeordn. insges.	Fraktions- größe	Fraktions- stärke in %
UU	Wiktor Juschtschenko	23,57	70	42	112	112	25,1
KPU	Petro Symonenko	19,98	59	6	65	63	14,1
FeU	Wolodymyr Lytwyn	11,77	35	67	102	176	39,4
BjuT	Julija Timoschenko	7,26	22	1	23	23	5,1
SPU	Oleksandr Moros	6,87	20	3	23	21	4,7
VSDPU	Wiktor Medwedtschuk	6,27	19	5	24	30	6,7
Sonstige Parteien/ Blöcke/Wahl- bündnisse		-	-	9	9	-	-
Unabhängige Kandidaten, fraktionslos	-	-	-	84	89	22	4,9
Insgesamt	-		225	222 ¹	447	447	100

1 In drei Direktwahlkreisen ist die Wahl nicht anerkannt worden, gilt als ungültig oder ihre Resultate werden vor Gericht geklärt.

BjuT Wahlbündnis »Block Julija Timoschenko«
 FeU Block »Für eine einige Ukraine!«
 KPU Kommunistische Partei der Ukraine
 SPU Sozialistische Partei der Ukraine
 UU Wahlblock »Unsere Ukraine«
 VSDPU Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine

© Stiftung Wissenschaft und
 Politik, 2002
 Alle Rechte vorbehalten

SWP
 Stiftung Wissenschaft und
 Politik
 Deutsches Institut für
 Internationale Politik und
 Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
 10719 Berlin
 Telefon +49 30 880 07-0
 Fax +49 30 880 07-100
 www.swp-berlin.org
 swp@swp-berlin.org